



## Pressemitteilung

Luxemburg, den 5. Juli 2017

### EU-Prüfer untersuchen Breitbandpolitik

**Der Europäische Rechnungshof wird untersuchen, ob die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf dem richtigen Weg sind, um die Breitbandziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen.**

In der Digitalen Agenda für Europa aus dem Jahr 2010 war vorgesehen, bis 2013 grundlegende Breitbanddienste für alle Europäer verfügbar zu machen und sicherzustellen, dass bis 2020 alle Europäer Zugang zu schnellen Breitbanddiensten erhalten und mindestens 50 % der Haushalte ultraschnelle Breitbandanschlüsse nutzen.

Die Breitbandverfügbarkeit in der EU hat sich laut Kommission seit 2011 zwar verbessert, die Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie in städtischen und ländlichen Gebieten stellt sich jedoch sowohl bei der Festnetz-Breitbandversorgung als auch bei den Breitbandanschlüssen höchst unterschiedlich dar.

Studien der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank zufolge werden schätzungsweise bis zu 270 Milliarden Euro benötigt, um die Breitbandziele für 2020 zu erreichen. *"Für die Finanzierung der Breitbandinfrastruktur der EU sind im derzeitigen Programmplanungszeitraum über 11 Milliarden Euro vorgesehen, mit denen die Investitionen privater Betreiber und die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten öffentlichen Mittel ergänzt werden"*, erläuterte **Frau Iliana Ivanova, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs**. *"Es geht uns unter anderem darum, zu analysieren, ob das Risiko besteht, dass die Finanzierung nicht ausreichen könnte, um die in der Strategie Europa 2020 festgelegten Breitbandziele zu erreichen."*

Die Prüfer werden untersuchen, ob die Mitgliedstaaten geeignete Strategien entwickelt und umgesetzt haben, um die von der Kommission festgelegten Breitbandziele zu erreichen, und wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass sie diese Ziele erreichen. Darüber hinaus werden die Prüfer beurteilen, inwieweit die Kommission die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Breitbandziele unterstützt und begleitet hat.

Die Prüfer besuchen fünf Mitgliedstaaten: Irland, Deutschland, Ungarn, Polen und Italien. Die Prüfungsergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2018 veröffentlicht.

#### Hinweise für den Herausgeber

Investitionen in die Breitbandinfrastruktur und die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen wirken sich positiv auf die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum aus und fördern die soziale Inklusion. Höhere Download- und Upload-Geschwindigkeiten sind unter Umständen Voraussetzung für innovative Dienste und Anwendungen, wie intelligente Stromnetze, Cloud-Computing-Dienste in Echtzeit und umfassende elektronische Gesundheitsdienste. Eine Zunahme der Breitbandverbindungen um 10 % in einem Land kann einen Anstieg des jährlichen BIP pro Kopf um 1 % bewirken.

### ECA Press

Mark Rogerson – Sprecher

T: (+352) 4398 47063 M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer – Pressereferent

T: (+352) 4398 45410 M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: [press@eca.europa.eu](mailto:press@eca.europa.eu) @EUAuditors [eca.europa.eu](http://eca.europa.eu)

Regulatorische Reformen in den Jahren 2002 und 2009 haben zu einer zunehmenden Harmonisierung der EU-Vorschriften geführt, was dazu beitragen soll, die Konvergenz der Technologien zu unterstützen, den Binnenmarkt zu vollenden und die Verbraucherinteressen zu schützen. Aufgrund der Entwicklungen am Markt und bei der Verbrauchernachfrage stehen die Betreiber jedoch weiterhin vor einigen Herausforderungen.